

Ultraliberale Korrespondenz Nr. 50 01-11-2017

Jamaika in Deutschland, Ukraine, Krebsgefahr

Die Jamaika-Gefahr: Als Liberaler habe ich mich natürlich gefreut, dass die liberale Partei im Deutschen Bundestag wieder vertreten ist. Aber auch als Europäer ist das sehr gut, denn leider gibt es in fast allen europäischen Ländern nur noch Parteien die sich liberal nennen es aber gewiss nicht sind. Und nun bin ich sehr besorgt und habe Angst, dass dieses schreckliche Jamaika - Regierungsbündnis vielleicht doch zustandekommt. Wahrscheinlich würde es sehr wenig liberal sein, denn Frau Merkel hat sich von einer liberalen Professor Kirchhof-Anhängerin zu einer linken Sozialdemokratin entwickelt und bei den Grünen überwiegen die Ökofaschisten. Ich habe meine Zweifel, dass in solch einer Regierung liberale Politik möglich sein wird. Ein Scheitern dieser Verhandlungen wäre für uns Liberale bestimmt ein Vorteil, denn beim nächsten Mal würde man noch mehr Stimmen bekommen und entsprechend mehr Einfluss gewinnen.

Katalonien: Man reibt sich die Augen wenn man in einer westlichen Demokratie diese gefährliche Konfrontation sieht. Ich entsinne mich meines letzten Besuches in Barcelona, viele, viele Jahre her. Ich kaufte am Flughafen einen Stadtplan, weil ich mit dem Mietwagen meinen Geschäftspartner besser finden wollte. Aber die Situation war grotesk - der Stadtplan war ein spanischer Sprache und alle Strassenschilder auf Katalanisch. Einige Strassen hatten ähnliche Namen, viele aber überhaupt nicht. Dann aber, im Restaurant freute ich mich, dass die Speisekarte zweisprachig war, da ich kein Spanisch kann. Aber die zweite Sprache war nicht etwa Französisch, Englisch, Deutsch oder Italienisch, sondern katalanisch. Ich konnte mich nur wundern, dass man dabei war, so einen grossen Vorteil - eine Weltsprache zu haben - einfach verschenken wollte. Nun gibt es offenbar in Katalonien viele Leute die ihr Land von Spanien abspalten möchten. Wahrscheinlich haben Sie gute Gründe dafür. Wahrscheinlich wird auch in Spanien zu vieles zentral reguliert und vorgeschrieben. Es gibt also zu wenig Subsidiarität. Aber dass man in Madrid nun wieder die Rechtskeule schwingt, anstatt sich auf die Demokratie zu verlassen und einfach abzustimmen, das passt nun gar nicht mehr in die heutige Welt. Ein Land kann doch heute nicht mehr der Besitz eines

Fürsten sein wie 1648 im westfälischen Frieden beschlossen. Von wem die Bürger verwaltet werden wollen, darüber können sie abstimmen wie in der Slowakei, wie an der Saar, wie in Schottland und ich bin überzeugt, wenn beide Seiten offen den katalanischen Bürgern ihre Ansichten erläutern würden, gäbe es sicher eine Mehrheit für das Verbleiben bei Spanien. Wohl aber auch sollte die spanische Zentralregierung den Regionen mehr Rechte belassen, also mehr Subsidiarität. Dazu gibt es ja viele Beispiele - die Radio- und Fernseh-Hoheit der Länder in Deutschland, die Sonderregelungen in verschiedenen Teilen Grossbritanniens und auch die unterschiedlichen Besteuerungen in den verschiedenen Landesteilen wie in den USA und der Schweiz. Es ist aber unverantwortlich von der Madrider Regierung dass Problem per "Recht" mit Gewalt regeln zu wollen wie in der Ukraine. Demokratische Politik muss flexibel sein, ein Land sollte die Möglichkeit haben, auch teilweise einen Staat anzugehören und teilweise nicht oder auch teilweise der EU anzugehören und teilweise nicht. Das würde viele Dramen verhindern und vor allem das Schlimmste - die Volksabstimmungen per Maschinenpistole.

Krebsgefahr: Es gibt schon wieder etwas, was Krebs erregend ist - Glyphosat. Leider weiss man ja noch nicht, weshalb es Krebs gibt. Also kann jeder selbsternannte Spezialist und Bedenkenräger alles mögliche als krebserregend einstufen und damit Panik machen. Ja es stimmt was kürzlich über die Ökologen und Ökofaschisten in der NZZ stand: "Sie predigen Nachhaltigkeit und Selbstbeschränkung, operieren primär mit Angst und Schrecken, decken Fakten und Forschung mit Moralisierung zu. Der Klimawandel ist zum religiösen Ersatz für die Hölle verkommen. Wissenschaftlich unhaltbare Konzepte wie „Grenzen des Wachstums“, die 2000 W Gesellschaft oder der ökologische Fussabdruck sind zu absoluten Heilsbotschaften verkommen." Dieser kleine Teil unserer Mitbürger - die Schützerlinge - ist viel gefährlicher als beispielsweise der IS. Ja man weiss es nicht, aber möglicherweise ist der Ausbruch von Krebs weit gehend psychologisch bedingt und der Ärger über die Grünen kann also wahrscheinlich Krebs auslösen. Aber deshalb sollte man diese Partei nicht verbieten, so wie man vom liberalen Standpunkt aus überhaupt keine Partei verbieten sollte.

Mit ultraliberalen Grüßen verbleibe ich, ihr *Peter Paris*

Via Monte Grappa, 2 , I - 21010 Castelveccana (Varese/Italy)

Tel. (+39)0332 520318; Mobil.: 0039 335 6821302 (No SMS), Fax: (+39)0332 522 521

E-mail: liberalissimo@euroschumann.eu

Falls Sie vergangene Ausgaben der Ultraliberalen Korrespondenz lesen möchten dann klicken auf auf den Link: <http://www.euroschumann.eu/Liberalissimo>